

## STABILES GELD SICHERN

### Eine Parallelwährung einführen

Wir erleben, wie der Euro immer mehr an Wert verliert und zugleich die Ersparnisse keine Zinserträge mehr bringen. Die Folge: Unser Geld ist kein sicherer Zufluchtsort mehr. Das muss sich ändern; denn wir wollen den Wert geleisteter Arbeit (Ersparnisse) erhalten und für unser Alter vorsorgen können.

Dazu brauchen wir wieder eine eigene, stabile Währung. Sie soll neben dem Euro ein vollwertiges Zahlungsmittel sein. Die neue Parallelwährung soll mit unserem Gold, unseren Grundstücken im Staatsbesitz, und unserer Wirtschaftsleistung gedeckt sein.

Die Einführung der Parallelwährung soll mit den Partnerländern abgestimmt werden und die Lösung des Target-2-Problems beinhalten.

Eine unabhängige Zentralbank soll das Geld sichern und für angemessene Zinsen sorgen, damit das Geld in wirtschaftlich effektive Kanäle gelenkt wird. Der Zinssatz muss seine Kapitallenkungsfunktion zurück erhalten. Sparen muss sich lohnen, genau wie auch Arbeit sich lohnen muss.

## WIRTSCHAFTLICHE EFFIZIENZ STEIGERN

### Bürokratie-Abbau-Gesetz

Immer wieder wird uns versprochen, dass die Bürokratie abgebaut wird, doch das Gegenteil geschieht. Um die Effizienz unserer gesamten Wirtschaft zu steigern, wollen wir nun gezielt das Bürokratie-Dickicht lichten. Wo immer möglich, soll das Gebot der Wirtschaftlichkeit eingefordert werden.

Hierfür muss sich Deutschland von drangsalierenden Brüsseler Vorschriften lossagen.



Dr. Bruno Hollnagel, MdB  
Platz der Republik  
11011 Berlin

[bruno.hollnagel@bundestag.de](mailto:bruno.hollnagel@bundestag.de)  
[www.bruno-hollnagel.de](http://www.bruno-hollnagel.de)

## KONZEPT zur ÜBERWINDUNG der CORONA-KRISE

### WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Lockdown wird für Deutschland mit enormen finanziellen Kosten verbunden sein. Das Fundament zur Bewältigung der Krise muss jetzt geschaffen werden. Wir müssen jetzt agieren, anstatt weiter zu reagieren. Die Rückerstattung und Einstellung der Steuervorauszahlungen für 2020 ist nur ein Anfang. Wir müssen die Wirtschaft wieder zum Laufen bringen. Das bedeutet, den Bürgern die Zukunftsängste zu nehmen und wirtschaftliche Freiheiten zu gewähren.

## LIQUIDITÄT SICHERN

### Notfallfonds

Ein Notfallfonds des Bundes, verwaltet durch die KfW, kann Firmenanteile auf Zeit übernehmen. Dadurch können größere Firmen vor nachhaltigen Schäden bewahrt und ein Abfluss von Know-how vermieden werden.

### Negativzinsen verbieten

Wir fordern ein Verbot von Negativzinsen. Sie belasten neben Ländern und Kommunen besonders auch Private.

Wenn nun die Bundesbank Negativzinsen vereinnahmt, erhöht sie ihren Gewinn. Den Gewinn muss sie an den Bund abführen. So gelangen Einnahmen aus Negativzinsen – veranlasst durch die EZB – in die Kasse des Bundes. Die EZB hat aber keine Steuerhoheit, weswegen zu bezweifeln ist, dass dieses Vorgehen verfassungsgemäß ist.

Die deutsche Wirtschaft kann nur gesund sein, wenn die volkswirtschaftlichen Grundlagen stimmen. Hierfür müssen wir dem EZB-Zinsdiktat Einhalt gebieten. Auch die indirekte Staatsfinanzierung durch Anleihekäufe der EZB muss unterbunden werden.

## KONJUNKTUR STÄRKEN

### Umsatzsteuer spürbar senken

Die reguläre Umsatzsteuer soll um 4 % und die ermäßigte Umsatzsteuer um 2 % gesenkt werden.

Was sind die Folgen: Sinkt die Umsatzsteuer, sinken die Preise. Dadurch wird die Kaufkraft der Löhne gesteigert. Gleichzeitig gewinnen Ersparnisse an Wert. Die Menschen können mehr konsumieren. Eine zusätzliche Belastung unserer Unternehmen, als tragende Säulen, findet nicht statt. All dies wird der Konjunktur auf die Sprünge helfen.

Auch die Abschaffung der kalten Progression ist ein Beitrag für eine nachhaltige Konjunkturstützung.

### Soli ersatzlos streichen

Das Bundesverfassungsgericht hat die Streichung des Solidaritätszuschlags verordnet. Wir begrüßen das und fordern deswegen die sofortige vollumfängliche Streichung des Solis, ohne Wenn und Aber. Die Wirkung ist, wie bei der Senkung der Umsatzsteuer, dass die Bürger mehr Geld in der Tasche haben, und die Konjunktur belebt wird.

## EIGENVERANTWORTLICHKEIT EINFORDERN

### Schluss mit den Haftungen für Andere

Die Haftungsketten müssen gesprengt werden. Das gebietet schon die „No-Bailout“-Klausel des Maastricht-Vertrages. Das bedeutet, dass keine Anleihekäufe durch die EZB vorgenommen werden, denn für diese Käufe haftet die deutsche Zentralbank und damit die Bundesrepublik Deutschland mit.

Wir fordern, dass Kontoinhaber nicht für Banken eintreten müssen. Ein Kunde haftet ja auch nicht für das Geschäft, in dem er einkauft. Und, dass eine deutsche Bank für eine griechische haftet, darf auch nicht sein.

Wir lehnen Haftungsgemeinschaften - also auch Corona-Bonds - grundsätzlich ab, da sie dem Prinzip des eigenverantwortlichen Handelns zuwiderlaufen.

### Revitalisierung der EWG

Das bedeutet, dass die Staaten eigenverantwortlich handeln und zugleich in einer Freihandelszone miteinander verbunden sind. Zweckbündnisse, beispielsweise auf den Gebieten innere Sicherheit, Gesundheit und Verteidigung, sind möglich.